



Stadt Kamen

Niederschrift

FSG

über die
1. Sitzung des Familien-, Sozial- und Generationenausschusses
am Dienstag, dem 17.04.2018
im Konferenzbereich der Stadthalle Kamen

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:50 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Alexandra Bartosch
Herr Achim Döring
Frau Petra Hartig
Frau Christiane Klanke
Frau Jutta Maeder
Herr Ulrich Marc
Frau Ulrike Skodd
Herr Udo Theimann

CDU

Herr Rainer Fuhrmann
Herr Wilhelm Kemna
Frau Dr. Petra Kleinz
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Manuela Laßen
Frau Doris Werner

FW/FDP

Herr Ulrich Müller

Verwaltung

Herr Jürgen Dunker
Herr Andreas Eichler
Frau Elke Kappen
Herr Willi Präkelt

Gäste

Frau Dagmar Rothmann
Frau Christiane, Kaufnett gGmbH Weirowitz

Entschuldigt fehlten

Herr Klaus Gödecker
Herr Gunther Heuchel
Herr Marian-Rouven Madeja
Herr Hermann Puls
Herr Peter Resler
Herr Bernhard van Oosten

Herr **Kemna** begrüßte die Ausschussmitglieder, die Mitglieder der Verwaltung sowie den anwesenden Pressevertreter, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Sozialkaufhaus "Kaufnett Bambini" hier: Bericht von Frau Christine Weyrowitz, Geschäftsführerin Kaufnett gGmbH der Diakonie Ruhr-Hellweg	
3	Aktuelle Situation der geflüchteten Menschen in Kamen hier: Bericht der Verwaltung	
4	Betreuung sozial auffälliger Gruppen in Kamen hier: Antrag der CDU-Fraktion	
5	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Sozialkaufhaus "Kaufnett Bambini"

hier: Bericht von Frau Christine Weyrowitz, Geschäftsführerin Kaufnett gGmbH der Diakonie Ruhr-Hellweg

Frau **Kappen** wies auf die ungewöhnliche Tatsache hin, dass der TOP 2 erst Mitte März im Wirtschaftsausschuss behandelt worden sei. Angesichts der Tatsache, dass 37 % der Kunden des Jobcenters langzeitarbeitslose Personen seien, sei sie froh über das neue Angebot und die erneute Vorstellung des Konzeptes.

Herr **Kemna** wies darauf hin, dass in der Tagespresse das weitere Ansteigen der Verweildauer in der Langzeitarbeitslosigkeit publiziert werde.

Frau **Weyrowitz** referierte anhand einer der Niederschrift in Kopie beigefügten Powerpoint-Präsentation.

Sie wies auf den am 11.05.2018 bevorstehenden Termin der Eröffnung des Sozialkaufhauses am Edelkirchhof 1 hin.

Frau **Klanke** zeigte sich besonders erfreut über die geschilderte Beschäftigung von alleinerziehenden Frauen. Weiterhin stellte sie fest, dass durch die Eröffnung des Ladens eine vor Ort bestehende Versorgungslücke für schwangere Personen geschlossen würde.

Frau **Hartig** erkundigte sich, wie viele Personen im Kamener Haus beschäftigt würden.

Frau **Weyrowitz** antwortete, dass 13 Personen beschäftigt seien. Die Nutzfläche des Ladenlokals belaufe sich auf 240 Quadratmeter.

Herr **Fuhrmann** fragte nach, wo das Personal her stamme. Weiterhin wollte er wissen, inwieweit bei der Energieberatung eine Kooperation mit der Verbraucherzentrale bestünde.

Frau Weyrowitz teilte mit, dass das Personal vom Jobcenter ausgewählt werde und im Wesentlichen im Rahmen des vom Jobcenter eingeführten Instrumentes „Arbeitsgelegenheit“ beschäftigt werde.

Zwei Frauen würden im Rahmen des Bundesprogrammes „Soziale Teilhabe“ beschäftigt.

Auf dem Sektor der Energieberatung bestünde keine Kooperation mit der Verbraucherzentrale.

Frau **Dr. Klein** merkte an, dass hier in gewisser Weise Konkurrenz zu Vorhandenem entstehe. Jedoch würde auch die Vielfalt gefördert. Mit der

Spezialisierung auf Kinderkleidung habe man sich ein Alleinstellungsmerkmal gesichert. Das Preisniveau sei ein sehr niedriges.

Frau **Weyrowitz** wies darauf hin, dass man gerne Kooperationen, z.B. mit der AWO, eingehen wolle.

Frau **Kappen** hob noch einmal hervor, dass die für die beschäftigten Personen geschaffene Betreuungsdichte eine sehr intensive sei. Sie habe sich zusammen mit Herrn Dunker das Hammer Pendant angeschaut.

Herr **Kemna** dankte für den detaillierten und gelungenen Vortrag.

Zu TOP 3.

Aktuelle Situation der geflüchteten Menschen in Kamen
hier: Bericht der Verwaltung

Frau **Kappen** erstattete anhand einer der Niederschrift beigefügten Präsentation Bericht.

Im Besonderen wies sie darauf hin, dass man im Jahr 2016 die Bezirksregierung als für die Flüchtlingszuweisung zuständige Behörde gebeten habe, bevorzugt Familienverbände zuzuweisen. Dies habe zwar erhöhte Anforderungen mit sich gebracht; jedoch habe man diese gemeistert.

Die aus dem Zahlenmaterial ersichtlichen unterschiedlichen Altersstrukturen (eben nicht nur junge Männer) erleichterten jedoch die Integration.

Inzwischen sei man seitens der Verwaltung auch dazu übergegangen, den von der Stadt Kamen angemieteten Wohnraum in Fällen, in denen die Möglichkeit bestand oder besteht, auf die Flüchtlinge umzuschreiben.

Frau Kappen sprach an, dass die Zahl der in der Stadt lebenden Flüchtlinge gerade einmal einen Anteil von einem Prozent ausmache.

Herr Dunker teilte mit, dass zum Zeitpunkt der Sitzung 25 unbegleitete minderjährige Ausländer der Stadt Kamen zugewiesen seien. Diese seien zum Teil in der von der KJHK (Kinder- und Jugendhilfekonzerte Unna GmbH) betriebenen Unterkunft am Schwimmbad 6a untergebracht, teilweise auch in Wohngruppen.

Zu TOP 4.

Betreuung sozial auffälliger Gruppen in Kamen
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Fuhrmann** erläuterte noch einmal den Antrag der CDU-Fraktion. Er wies darauf hin, dass die Marktszene sich weiter entwickle. Bei schlechtem Wetter verlagere sich das Geschehen unter den Bogengang vor der Bücherei. Zur Szene würden auch Frauen mit minderjährigen Kindern gehören. Die Stadtverwaltung versuche mittels des beauftragten Sicherheitsdienstes die Aufenthaltsqualität zu gewährleisten. Nach seiner Meinung wolle sich jedoch die Bürgerschaft an diesem Platz wegen der Problemlage nicht aufhalten. Der Einsatz von Sozialarbeit könne zur Problemlösung beitragen.

Herr **Dunker** führte aus, dass es eine Konzentration der sogenannten Trinkerzene um den Marktbrunnen gebe. Dies sei u.a. der Tatsache geschuldet, dass durch den nahe gelegenen Kiosk die Alkoholbeschaffung problemlos funktioniere. Man stehe in Kontakt zum Bezirksbeamten der Polizei, Herrn Ellerkmann. Nach dessen Wahrnehmung stellen nicht die in Kamen beheimateten Personen das Problem dar. Bei aufkommenden Streitigkeiten würden diese sich entfernen. Für Ärger würden vielmehr von auswärts angereiste Personen sorgen.

Aufgrund des früher häufig beobachteten Urinierens in der Öffentlichkeit habe man mit der Szene vereinbart, dass die in der Bücherei vorhandenen Sanitäreinrichtungen genutzt werden könnten. Dies sei für die dortigen Mitarbeiter keine angenehme Situation, jedoch überwiegen die Vorteile dieser Herangehensweise.

Mit der Verlagerung der Szene an einen anderen Platz wäre das Problem nicht gelöst.

In ordnungsrechtlicher Hinsicht gebe es aus der Szene heraus keine Probleme; aggressive Handlungen seien nicht bekannt. Mütter mit Kindern würden in der Szene nicht mehr auftauchen.

Nach seiner Meinung läge ein Bedarf an Sozialarbeit nicht vor. Die Personen seien sowohl mit Einkommen als auch Wohnraum versorgt. Es mangle auch an einer Grundvoraussetzung, der Freiwilligkeit. Die Menschen müssten den Bedarf selbst äußern, zwangsweise könne man hier nicht operieren.

Frau **Kappen** äußerte, dass durch die in absehbarer Zeit geplante Errichtung einer öffentlichen Toilette auf dem Willy-Brandt-Platz die Situation sich etwas entspannen werde. Auch weiterhin werde die Marktszene durch den Ordnungsdienst und das Jugendamt der Stadt beobachtet.

Frau **Klanke** wies darauf hin, dass Kamens „Erste Stelle“ im Auge behalten werden müsse. Die Störenfriede würden sich jedoch nicht ausschließlich aus den Reihen der Auswärtigen rekrutieren. Sie merkte an, dass Sozialarbeit immer nachgefragt werden müsse.

Frau **Kappen** ergänzte, dass bei bekannt werdendem Beratungsbedarf sofort gehandelt würde.

Herr **Fuhrmann** äußerte, dass man mit dieser Szene wohl leben müsse. Auseinandersetzungen fänden auch meist innerhalb der Szene statt. Die erzielten Erfolge hätten mit Sicherheit etwas mit dem Engagement des Bezirksbeamten Ellerkmann zu tun. Er fragte nach, ob es beabsichtigt sei, den Sicherheitsdienst weiterhin für Kontrollzwecke einzusetzen.

Frau **Kappen** erwiderte, dass man den Sicherheitsdienst weiter einsetzen werde. Dieser Sorge auch für das Sicherheitsbedürfnis der Bürger.

Herr **Dunker** ergänzte, dass regelmäßig Gespräche mit Herrn Ellerkmann, dem Sicherheitsdienst und auch den Streetworkern geführt würden.

Herr **Kemna** äußerte, dass die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Stadt und Polizei in der Szene Wirkung zeige.

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

5.1. Mitteilungen der Verwaltung

Frau **Kappen** teilte mit, dass das Land Nordrhein-Westfalen den Kommunen einen zusätzlichen Betrag in Höhe von 100 Millionen Euro für die Kosten der Integration zur Verfügung stellen würde. Der auf die Stadt Kamen entfallende Anteil belaufe sich auf ca. 300.000 Euro.

5.2. Anfragen

Anfragen lagen nicht vor.

gez. Kemna
Vorsitzender

gez. Dunker
Schriftführer